

Newsletter 13

Dezember 2019

Liebe Mitglieder im Landesverband, liebe Freundinnen und Freunde der Gemeinschaftsschule, liebe Gemeinschaftsschulinteressierte,

mit dem letzten Newsletter im Jahr 2019 wünschen wir euch und Ihnen ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest sowie einen guten Rutsch ins Jahr 2020.

Unserer Bildungspolitik wünschen wir den Mut, endlich Verantwortung zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund erfolgreich ins Leben starten können. Dazu ist es u.a. unabdingbar, die Bildungsausgaben zu steigern, für eine ausreichende und qualifizierte Lehrkräfteversorgung zu sorgen, die zu bewältigenden Aufgaben auf alle Schulen zu verteilen und über die Perspektivschulen hinaus alle Schulen, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben, konstruktiv zu unterstützen.

Der GGG-Landesvorstand wird sich auch 2020 wie schon in den vergangenen Jahren für die Gemeinschaftsschule, für die eine Schule für alle, einsetzen.

Das Jahr 2019 brachte zum Abschluss mit unserem Elternkongress in der Boje-C.-Steffen-Gemeinschaftsschule in Elmshorn noch einen Höhepunkt. Thorsten Muschinski berichtet kurz. Ebenfalls dazu dokumentieren wir den Impulsvortrag von Kurt Edler zum Thema „Schuldemokratie und Selbstwirksamkeit“.

Des Weiteren sind in diesem Newsletter unsere Presseinformationen zur Veröffentlichung der IQB-Bildungstrends 2018 und zur Abschlusspraxis der Gymnasien sowie eine Reaktion auf eine Presseerklärung des Philologenverbandes zu finden. Abgerundet wird der Newsletter wieder mit unserer Rubrik „Aufgeschnappt“.

Dieter Zielinski

Für den Landesvorstand

IN DIESEM NEWSLETTER

Bericht Elternkongress 2019	2
Edler: Schuldemokratie	3/4
PI IQB Bildungstrends	5
PI Abschlusspraxis	6
Reaktion Philologenverband	7/8
Aufgeschnappt	9

TERMINE

25.1.2020 Klausurtagung GGG-Landesvorstand, Neumünster, Hotel Prisma, 10.30—17.00 Uhr



Impressum: GGG-Landesverband Schleswig-Holstein
Gemeinschaftsschulverband
c/o Dieter Zielinski
Langeskovweg 11
24222 Schwentinental



Elternkongress in Elmshorn war ein Erfolg

Zusammen mit dem Landeselternbeirat der Gemeinschaftsschulen (LEB GemS SH), der Boje-C.-Steffen Gemeinschaftsschule Elmshorn und in Kooperation mit dem IQSH (Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen Schleswig-Holstein) richtete die GGG am 09.11.2019 den jährlich stattfindenden Elternkongress aus. Die Federführung für die vorbildliche Organisation und Durchführung hatte erstmals Thorsten Muschinski in seiner Funktion als Landeselternbeiratsvorsitzender übernommen.



Eine Schulband sorgte für die Einstimmung

Der Tag stand unter dem Motto „Elternmitwirkung - Eltern **mit Wirkung**“.

Der Kongress startete mit einem Impulsvortrag von Kurt Edler zum Thema „Schuldemanokratie und elterliche Selbstwirksamkeit“ (siehe nächste Seite). Es folgte eine prominent besetzte Podiumsdiskussion, an der u.a. der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Bildungsausschusses im Bundestag Dr. Ernst-Dieter Rossmann, die Vorsitzende der GEW SH Astrid Henke und der Landesschülersprecher der Gemeinschaftsschulen Leon Graack teilnahmen. Moderiert wurde das Podium von Thomas Borowski, dem es hervorragend gelang, die Gesprächspartner zu interessanten und kurzweiligen Äußerungen anzuregen.

In den größtenteils gut besuchten Workshops, die im Anschluss starteten, konnten sich die Besucher in den unterschiedlichsten Themen informieren und fortbilden.

Zur großen Freude des Organisationsteams gab es zum Abschluss ausschließlich sehr positive Rückmeldungen der Teilnehmer*innen. Wir danken allen Besucherinnen und Besuchern für ihr Kommen und damit ihr Zutun, den Tag zu einem Erfolg zu machen.

Thorsten Muschinski



Thomas Borowski bei der Vorstellung von Astrid Henke

Schuldemokratie und elterliche Selbstwirksamkeit

Erweiterte Fassung eines Impulsvortrags auf dem Elternkongress der GGG und des Landeselternbeirats SH in Elmshorn am 9. November 2019

In der modernen Demokratie sind Institutionen wie die Schule immer dem Blick einer kritischen Öffentlichkeit ausgesetzt. Diese stellt ihnen ganz unerschrocken die Frage, wie demokratisch sie eigentlich wirklich sind, und vergleicht sie mit anderen. Auch bei der schulischen Mitwirkung stoßen wir auf dieses Thema. Dabei stehen die sich engagierenden Eltern vor einem besonderen Problem: Sie sind im schulischen Alltag nicht ständig dabei und schauen insofern auf die Schule von außen. Zugleich genießen sie aber in der Frage der Erziehung und Bildung ein Verfassungsprivileg; denn nach Art. 6 GG ist die Erziehung der Kinder ihr natürliches Recht und zugleich ihre Pflicht. Also geht sie an, was die Schule mit ihren Kindern macht. Hieraus resultiert das Gebot der Transparenz: Nur eine transparent agierende Schule ist eine demokratische Schule. In den Schulgesetzen der Bundesländer ist die Mitwirkung der Eltern geregelt; und im Ländervergleich ist das schleswig-holsteinische Schulgesetz gewiss eines von den besseren.

Die Schule als System hat jedoch ihre Tücken. Denn was genau in ihr vor sich geht, weiß oft nicht einmal die Schulleitung. Pädagogische Arbeit kann nicht im Glashaus erfolgen; wenn ich als Lehrer den Klassenraum betrete und die Tür hinter mir zumache, dann bin ich in einem Schonraum, dessen relative Vertraulichkeit nicht zuletzt auch das Kind schützt. So kann es dazu kommen, dass einzelne Schuleltern ständig wissen wollen, was genau eigentlich im Unterricht passiert ist, wenn das Kind unzufrieden nach Hause kommt. Denn eigentlich dreht sich ja alles um das Kind. Die Schule *dient* dem Kind. Es lässt sich nicht auf den „Schüler“ reduzieren, sondern ist Träger von Menschenrechten, und eines der wesentlichsten Menschenrechte des Kindes ist sein Recht auf Bildung. Dies ist das schwierige Terrain, auf dem engagierte Eltern und Elternbeiräte ständig agieren.



Kurt Edler im Gespräch (Copyright Foto: Boje-C.-Steffen-Gemeinschaftsschule Elmshorn)

Weil aber das Terrain so schwierig ist, ist das elterliche Engagement eine besonders kostbare Ressource. Und es verdient eine besondere Anerkennung. Nur wenige nehmen die Mühen eines Ehrenamts auf sich - denn die „Pflege und Erziehung der Kinder“, wie das Grundgesetz es ausdrückt, ist neben der Berufstätigkeit schon Arbeit und Verantwortung genug.

Die kostbare Ressource Engagement ist deshalb immer knapp. Die demokratische Republik hat ein hohes Interesse daran, sie zu fördern und zu schonen. Eine demokratiebewusste Schule fördert das Engagement sowohl der Jugendlichen als auch der Eltern, und sie weiß, dass Eltern einen Nachteil im Spiel haben: sie

- 1) Ergänzt um Erkenntnisse und Argumente aus den Workshops des Kongresses.
- 2) Art. 26 ff. der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen

sind und bleiben extern. Dem muss die Schule dadurch genügen, dass sie mitwirkungswillige Eltern in einer Weise beteiligt, die diesen eine spürbare Selbstwirksamkeit verschafft. Eltern sollten nicht einfach nur mit den Rechten abgespeist werden, die ihnen laut Schulgesetz zustehen. Sie sollten im Sinne einer *democratic governance* an wesentlichen und Leitungsentscheidungen beteiligt werden. Eine demokratiebewusste Schulleitung kommuniziert mit den Eltern auf Augenhöhe, nimmt sie aber auch mit in die Pflicht. Eltern sind nie nur Eltern, sie sind im bürgerlichen Leben auch Berufstätige, Vereinsmitglieder, Kommunalpolitiker, Profis auf allen möglichen Feldern. Der Schule steht also auf Elternseite ein Kompetenzfundus zur Verfügung, den sie nutzen kann. Dies zu tun, ist echte Wertschätzung, und sie kommt der Schule zugute, wenn die Kompetenzen gezielt mobilisiert werden. Und wer als Profi pro Monat nur eine halbe Stunde Zeit hat, sollte in geeigneter Form dennoch seine Kompetenz zur Verfügung stellen können. Es ist übrigens nicht verboten, sich als Eltern an einer Schule dafür auch selber zu organisieren und digital zu vernetzen.

Es geht darum, die Schwelle zum Aktiv-Werden zu senken und mehr Eltern als bisher einzubeziehen. Dabei muss unser kritischer Blick auch auf die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten gerichtet werden. Sind sie attraktiv genug? Sind die Gremiensitzungen so organisiert, dass sie spannende Ereignisse sind, die man nicht versäumen möchte? Sind sie entfrachtet von langweiligen Verwaltungsdetails, so dass ein Eindruck von Zeitverschwendung nicht aufkommen kann? Wird die Willensbildung der Eltern und der Schüler/innen dadurch gefördert, dass klare Handlungsoptionen und -alternativen aufgezeigt werden? Auch diese Fragen müssen wir stellen, wenn wir mit der Ressource Engagement behutsam umgehen wollen.

Resignation im Ehrenamt droht aber auch durch innere Gründe zu entstehen, z.B. dadurch, dass die Komplexität demokratischer Vorgänge verkannt wird. Beratung und Abstimmung brauchen Zeit. Wer in der Mitwirkung keine Geduld und keinen langem Atem mitbringt, wird rasch enttäuscht sein. Manche Veränderungen brauchen Jahre. „Politik“, hat Max Weber einmal gesagt, „bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich.“

Weitere Informationen zu Kurt Edler und Texte von Kurt Edler sind auf der Homepage www.edlerhh.de zu finden.



The image shows a screenshot of the website www.edlerhh.de. The top part of the page features a photograph of a white building facade with a dark wooden door and windows, decorated with colorful triangular flags and tall, thin plants with red flowers. Below the photo is a search bar with the text "Suche" and a magnifying glass icon. To the right of the search bar, the text "GUTEN TAG!" is visible. The main content area is titled "DEMOKRATIEPÄDAGOGIK" and features the article "SELBSTWIRKSAMKEIT IM ELTERNENGAGEMENT AN DER SCHULE" dated "10. NOVEMBER 2019". Below the title, there is a short excerpt: "Elternmitwirkung – Eltern mit Wirkung? So fragten die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule und der Landeselternbeirat in Schleswig-Holstein auf ihrem Kongress in Elmshorn. Dazu ein paar". On the left side of the page, there is a sidebar with the heading "TEXTE" and a list of article titles: "Selbstwirksamkeit im Elternengagement an der Schule", "Disruption", "Denkfiguren als Oasen für Populisten", "Greta und die Mächtigen", and "Zwischen den Mühlsteinen der Modernisierung".

Presseinformation: IQB-Bildungstrends 2018 bzw. „The same procedure as every year“?

Am letzten Freitag wurden die neuesten IQB-Bildungstrends veröffentlicht. Diesmal ging es um Daten aus einer Vergleichsstudie zu den in den Naturwissenschaften und im Fach Mathematik erreichten Kompetenzen von 15-jährigen im Jahr 2018. Wie schon so häufig bei Vergleichsuntersuchungen entsprechen die Ergebnisse nicht den Erwartungen. Zielsetzung ist, ein möglichst hohes Niveau bezogen auf die Bildungsstandards und möglichst geringe Länderunterschiede zu erreichen.

Doch bundesweit stagnieren die Ergebnisse. In einigen Bundesländern, darunter auch Schleswig-Holstein, sind sie im Vergleich mit den im Jahr 2012 erhobenen Daten sogar signifikant schlechter ausgefallen. Und dies trotz erheblicher Anstrengungen der Schulen.

Das nach der Veröffentlichung einsetzende Ritual ist aus der Vergangenheit bekannt. Die Stellungnahmen aus der Politik kommen reflexartig und sind vorhersehbar. Neben Vorschlägen darüber, was alles verändert werden müsste, werden dem politischen Gegner jeweils die Verantwortung für die Ergebnisse sowie Versagen vorgehalten. Vieles von dem Vorgeschlagenen halten auch wir für notwendig. Dazu gehören u.a. eine hinreichende Anzahl von fachlich und pädagogisch bestens qualifizierten Lehrkräften für alle Schulen, Unterstützung von Schulen, die sich in einer besonders schwierigen Lage befinden, der Ausbau des Ganztagsangebotes usw. Das alles ist notwendig aber nicht hinreichend.

Dass Bildungsministerin Karin Prien aber wieder einmal die Gemeinschaftsschulen besonders in den Blick nimmt („erheblicher Handlungsbedarf“ – Interview im SH-Magazin, 18.10.2019), während den Gymnasien eine „gute Stabilität“ bescheinigt wird, mutet schon fast zynisch an, wenn man bedenkt, dass die Gymnasien gerne mal ihre Bildungsverantwortung an die Gemeinschaftsschulen delegieren (1306 Abschlungen im Schuljahr 17/18), sich weitgehend der gesellschaftlichen Aufgabe der Inklusion und der Beschulung von Flüchtlingskindern entziehen sowie in weitaus geringerem Maße Kinder aus bildungsfernen Schichten beschulen als die Gemeinschaftsschulen.

Verändern muss sich vor diesem Hintergrund vor allem die Erwartung an das von den Schulen zu leistende. Nicht kategorisieren und auslesen sondern fördern und fordern im gemeinsamen Lernen müssen die Orientierungen sein. Dazu lohnt es sich, einmal über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Zitat: „Im Hinblick auf die Einteilung der Schülerinnen und Schüler in verschiedene Bildungsgänge und Leistungsgruppen gibt es zwischen den Ländern erhebliche Unterschiede. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass keines der Länder, die eine starke Aufteilung und Gruppierung der Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten vornehmen – sei es durch Verteilung auf unterschiedliche Schultypen oder –zweige oder durch Klassenwiederholungen -, zu den leistungstärksten Bildungssystemen bzw. den Systemen mit dem höchsten Anteil an besonders leistungsfähigen Schülerinnen und Schülern zählt. Am besten schneiden die Bildungssysteme ab, die allen Schülerinnen und Schülern gleiche Lernmöglichkeiten bieten.“

Eine Reihe von Ländern haben in der Vergangenheit ihre Schulsysteme entsprechend und mit Erfolg verändert. Neben klaren Zielsetzungen gehören dazu Mut und politischer Wille. Politischer Opportunismus mit Blick auf die nächsten Wahlen, parteipolitische Eitelkeiten und Bewahrung der Vielfalt der Systeme in den Bundesländern helfen nicht weiter. Warum nicht, wie vorgeschlagen, in einem Bildungsrat für Bildungsgerechtigkeit (siehe: <http://bildungsrat-fuer-bildungsgerechtigkeit.de/bildungsgerechtigkeit/>) gemeinsame Zielsetzungen formulieren und anschließend mit einem Bildungskonsens für eine gesellschaftliche Akzeptanz werben?

Dieter Zielinski, 22.10.2019

Presseinformation zur Reaktion der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein auf eine Pressemitteilung des Landeselternbeirates Gemeinschaftsschulen zur Abschulungspraxis der Gymnasien

Am 10.10.19 reagierte die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, Karin Prien, auf eine Pressemitteilung des Landeselternbeirates für Gemeinschaftsschulen zu den Auswirkungen der Abschulungspraxis der Gymnasien auf die Gemeinschaftsschulen mit dem Tweet: „Eine Einzelfallregelung, die das Kindeswohl zum Kriterium macht, und damit individuelles Leid verhindert. Wie ideologisch verbohrt muss man sein um das zu skandalisieren.“

Mit einer solchen Reaktion wird jede sachliche Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Argumenten und Sorgen abgeblockt und lediglich die eigene Sicht der Dinge als die einzig mögliche zugelassen. Übersehen wird, dass die vom Landeselternbeirat kritisierte Praxis politisch gewollt aber nicht alternativlos ist. Übersehen wird ebenfalls, dass die das Kindeswohl beeinträchtigenden Ursachen systembedingt verursacht sind. Übersehen bzw. ausgeblendet werden schließlich die Folgen, die die Praxis der Abschulungen für die Gemeinschaftsschulen und deren Schülerinnen und Schüler haben. Hinzu kommt, dass das vom Landeselternbeirat angesprochene Problem nicht aus der Luft gegriffen ist, sondern aktuell für Unruhe an den davon betroffenen Schulen sorgt.

Wer für sich beansprucht das Kindeswohl ins Zentrum seines Handelns zu stellen, sollte zunächst einmal danach trachten, dass dieses Wohl gar nicht erst in Gefahr gerät. Ebenso sollte er/sie das Wohl aller Kinder im Blick haben, sowohl derjenigen, die ein Gymnasium besuchen, als auch derjenigen, die eine Gemeinschaftsschule besuchen. Beides kann gelingen! Dazu müssten nur die eigenen (ideologischen) Scheuklappen abgelegt und wissenschaftlicher Rat angenommen werden.

So kommt Andreas Schleicher in einer Auswertung der nahezu 20-jährigen Pisa-Forschung zu der Erkenntnis, dass es bisher kein Schulsystem gibt, „das ein auf Dauer hohes Leistungsniveau gewährleistet und gerechte Lernmöglichkeiten bietet, das nicht auf der Prämisse basiert, dass alle Schülerinnen und Schüler gute Leistungen erzielen können – und dass dies für sie notwendig ist.“ Und weiter: „Ich kann gar nicht stark genug betonen, wie außerordentlich wichtig es ist, die Forderung klar und deutlich zu formulieren, dass alle Schülerinnen und Schüler nach denselben Standards unterrichtet und beurteilt werden sollten. PISA zeigt, dass dies in jedem kulturellen Umfeld möglich ist.“ Sollte solches nicht auch in unseren Gymnasien möglich sein und gelingen, und zwar sofort?

Dieter Zielinski
14.10.2019



1) Andreas Schleicher: Weltklasse: Schule für das 21. Jahrhundert gestalten. Bielefeld: wbv Publikation (siehe auch „Aufgeschnappt“

Nicht das Gymnasium ist der Maßstab, sondern der Bildungsauftrag!

Die Presseerklärung des Philologenverbandes Schleswig-Holstein mit dem dramatischen Titel: „*Philologenverband schlägt Alarm: Unterrichtsqualität und Leistungsansprüche an Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen müssen denen an Gymnasien entsprechen!*“ unterstellt, dass dies nicht so ist. Zum einen ist dies in der Sache falsch und zum anderen zeigen die dargelegten Begründungen, dass die Kritiker das System Gemeinschaftsschule sowie deren zugrunde liegende Pädagogik nicht verstanden haben. Außerdem ist die Argumentation unwissenschaftlich. Es entsteht der Eindruck, dass hier eigene Vorurteile bedient werden, bzw. dass die Vorurteile zu persönlichen sowie politischen Zwecken instrumentalisiert werden sollen.

Schon in der Überschrift wird deutlich, dass die Verfasser nicht unvoreingenommen sind. Nicht den Gymnasien, sondern den Vorgaben für die schulische Bildung im Schulgesetz, Verordnungen bzw. Erlassen müssen Unterrichtsqualität und Leistungsanforderungen entsprechen. Eigene Vorstellungen selbstherrlich zum Standard zu erklären ist, nicht nur anmaßend, sondern zeugt von bornierter, vorurteilsbehafteter Sichtweise.

Die Grundlagen für den Unterricht an allen Oberstufen in Schleswig-Holstein, unabhängig davon, ob diese an einem Gymnasium oder an einer Gemeinschaftsschule eingerichtet sind, sind gleich. Maßgebend für alle ist die OAPVO (Verordnung: Oberstufe und Abiturprüfung in den Gymnasien und Gemeinschaftsschulen). Dies gilt insbesondere auch für die Anforderungen in der Abiturprüfung, die in einigen Fächern als Zentralabitur mit für alle gleichen Aufgaben abzulegen ist. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Gemeinschaftsschulen dabei sehr erfolgreich gearbeitet und die Ansprüche voll erfüllt haben.

Der Vorwurf, eher schwächere Schülerinnen und Schüler statt begabte und leistungsstarke zu fördern, greift ins Leere. Intern erhobene Statistiken haben gezeigt, dass die individuelle Förderung an den Gemeinschaftsschulen bzw. früher Gesamtschulen, dazu geführt haben, mehr Schüler*innen höhere Abschlüsse zu ermöglichen. Es macht wütend, wenn die „besondere Betreuung in Kleingruppen (nicht selten mit doppelter Lehrbesetzung)“ als Argument dafür benutzt wird, dass eher schwächere Schüler*innen gefördert würden, wohlwissend, dass die Gemeinschaftsschulen Aufgaben, wie eine inklusive Beschulung aller Schüler*innen sowie die Integration des größten Teils geflüchteter junger Menschen, bewältigen, denen sich das Gymnasium verweigert.

Gemeinschaftsschulen haben sich einer anderen Pädagogik verschrieben, als die Teilnehmer*innen des in der Presseerklärung des Philologenverbandes angesprochenen Treffens. Dazu gehören auch Projekte, Vorhabentage sowie Praktika. Die Charakterisierung mit fächerunabhängig soll suggerieren, dass kein Bezug zu den Unterrichtsfächern besteht. Ausgeblendet wird, dass damit ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt wird, der im hohen Maße dazu beiträgt, die Anforderungen der gültigen Fachanforderungen zu erfüllen. Gleiches gilt für die integrativen Fächer Naturwissenschaften und Weltkunde.

Die Gemeinschaftsschulen wollen alle Schüler*innen bestmöglich fördern und fordern und Abschlussentscheidungen möglichst lange offen halten. Jede Schülerin, jeder Schüler soll den bestmöglichen Abschluss machen. Und die Bedingungen dafür sind hoch angesetzt, sowohl hinsichtlich der Notenanforderungen

REAKTION AUF EINE ERKLÄRUNG DES PHILOLOGENVERBANDES (2)

als auch mit Blick darauf, dass an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe eine Versetzung in die Oberstufe aus pädagogischen Gründen – ganz im Gegensatz zum Gymnasium – nicht möglich ist. Die Gemeinschaftsschulen wollen nicht kategorisieren und selektieren. 1306 Abschlüssen von den Gymnasien an die Gemeinschaftsschulen in einem Schuljahr sind ein Offenbarungseid.

Das wahre Motiv für die unsachliche Auseinandersetzung mit der Gemeinschaftsschule wird im letzten Satz der Presseerklärung deutlich. Hier wird eine Rückkehroption für Lehrkräfte von der Gemeinschaftsschule an das Gymnasium gefordert. Niemand ist dazu gezwungen worden, an einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten. Jede und jeder hat jederzeit die Möglichkeit, einen Versetzungsantrag zu stellen. Wer heute für das gymnasiale Lehramt ausgebildet wird, muss auch für den Unterricht an einer Gemeinschaftsschule ausgebildet werden und fähig dazu sein, an einer solchen zu unterrichten. Mit der Einführung des Sekundarschullehramtes waren hierfür die Voraussetzungen geschaffen worden. Leider wurde dieses von der aktuellen Landesregierung wieder in zwei Lehrämter gespalten.

In der Presseerklärung werden subjektive Wahrnehmungen einzelner Personen für Verallgemeinerungen benutzt. Dies ist nicht nur unwissenschaftlich, damit bedient der Philologenverband einen konservativen Trend, nach dem aus dem Zweisäulenmodell von gleichberechtigten, nebeneinander stehenden Schulformen die Rückkehr zu einem selektiven Schulmodell angestrebt wird. Wem es darum geht, mehr Bildungsgerechtigkeit herzustellen und mehr Menschen dazu zu befähigen, möglichst erfolgreich ihr Leben zu bewältigen, kann sich dem nur entgegenstellen. Statt Rückkehr zu einem überholten System, muss alles dafür geleistet werden, den Gemeinschaftsschulen dazu zu verhelfen, ihre Aufgaben erfolgreich bewältigen zu können. Dazu gehören mehr Stellen für Lehrkräfte und weiteres unterstützendes Personal.

Dieter Zielinski
19.11.2019



Die Weiterbildungseinrichtung der GGG-NRW bietet im Rahmen von „**Blick über den Tellerrand— Seminare in Europa mit Förderung durch die EU unter ERASMUS+**“ im nächsten Jahr wieder Seminare in Finnland (Schwerpunkte Individuelle Förderung und multiprofessionelle Zusammenarbeit), Schweden (Schwerpunkt Individualisiertes Lernen), Italien/Südtirol (Inklusion), Nordirland (Auf dem Weg soziale Spaltung zu überwinden) und Schottland (Leistungsmessung dient dem Lernen) an.

Auf der Website von fesch befinden sich ausführliche Informationen incl. Hintergrundinformationen zu den einzelnen Ländern und Hilfen für die Beantragung der Förderung unter ERASMUS+:

<http://w-f-sch.de/es>

Die Antragsfrist endet voraussichtlich am 5. Februar 2020

Ranga Yogeshwar (aus einem Interview der Süddeutschen Zeitung vom 25.11.2019 in der Rubrik „Alte Schule“ , in dem Satzergänzungen gefordert wurden):

Noten sind ... ?

Ranga Yogeshwar: „Eine absurde Reduktion eines großartigen Prozesses auf nichtssagende Zahlen. Jeder Mensch lernt anders. Noten suggerieren Objektivität und zerstören die Einzigartigkeit jeder Lernbiografie. Wir büffeln, bekommen eine Note und vergessen danach, was wir gelernt haben. Weit wichtiger wäre, eine Lernorientierung in der Schule zu etablieren: Ich lerne, weil es meinen Horizont erweitert und meine Welt bereichert.“



Lesenswert Lesenswert Lesenswert Lesenswert Lesenswert

„Weltklasse—Schule für das 21. Jahrhundert gestalten“ von Andreas Schleicher

In einer Welt, in der das, was einfach unterrichtet und abgefragt werden kann, auch das ist, was sich einfach digitalisieren und automatisieren lässt, kommt es auf unser Vorstellungsvermögen, unsere Sensibilität und unser Verantwortungsbewusstsein an. Mit diesen Eigenschaften können wir die Chancen des 21. Jahrhunderts nutzen, um die Welt zum Besseren zu verändern. Die Schulen von morgen werden den Schülerinnen und Schülern helfen müssen, selbstständig zu denken und anderen mit Empathie zu begegnen – im Arbeitsleben und als mündige Bürger. Dazu gehört es auch, ein ausgeprägtes Rechtsbewusstsein und Verständnis für die Bedürfnisse anderer Menschen zu entwickeln.

Wie können die Schulen das gewährleisten? Andreas Schleicher, Initiator der Internationalen Schulleistungsstudie PISA der OECD und weltweit anerkannte Autorität in Sachen Bildungspolitik, hat Bildungsverantwortliche aus über 70 Ländern bei der Gestaltung und Umsetzung zukunftsweisender bildungspolitischer Maßnahmen begleitet. Die Bildung zu verbessern, ist leichter gesagt als getan. Schleicher zeigt in diesem Buch zahlreiche Erfolgsbeispiele auf, aus denen wir lernen können. Dabei geht es nicht darum, vorgefertigte Lösungen aus anderen Schulen bzw. Ländern zu übernehmen. Ziel ist vielmehr die ernsthafte und unvoreingenommene Auseinandersetzung mit empfehlenswerten Praktiken aus dem In- und Ausland, um herauszufinden, was unter welchen Bedingungen funktioniert. Von Haus aus Physiker, wirft Schleicher einen ganz eigenen Blick auf die Reform der Bildung: Sie ist für ihn Kunst und Wissenschaft gleichermaßen, wie er überzeugend darlegt.

Als PDF kostenlos herunterladbar unter:

https://www.oecd-ilibrary.org/education/weltklasse_9783763960231-de

In gedruckter Version käuflich zu erwerben.